

# Werden Lehrkräfte falsch ausgebildet?

Die Vorgaben sind viel zu alt, kritisiert der Landessprecher des Bundesarbeitskreises Lehrerbildung. Er sagt: Pädagogen werden nicht auf die neuen Herausforderungen vorbereitet.

Von Saskia Döhner

**Hannover.** Das Referendariat in der Lehrkräfteausbildung gehört nach Ansicht von Heinz Kaiser, dem Landessprecher des Bundesarbeitskreises Lehrerbildung, dringend auf den Prüfstand. Vieles aus dem Vorbereitungsdienst passe längst nicht mehr zu den heutigen Anforderungen, findet er.

Bewahren sei gut, aber nicht um jeden Preis. Man könne Lehrkräfte heute nicht mehr nach jahrhundertalten Vorgaben ausbilden. Während einerseits immer neue Lernformate gefragt seien, würden andererseits angehende Lehrkräfte in einem 45-Minuten-Unterricht begutachtet. Überhaupt sei die gesamte Lehrerausbildung nicht mehr zeitgemäß.

„Wir bilden seit Jahren weder bedarfsgerecht noch bedarfsorientiert aus“, sagte Kaiser zur Eröffnung des diesjährigen Landesfachtages in der Goetheschule in Hannover. Damit meint er, dass viel zu wenige Lehrkräfte insgesamt ausgebildet werden, und wenn, dann für die falschen Fächer oder die falschen Schulformen. Bis 2025 würden deutschlandweit 45.000 Pädagogen fehlen, bis 2040 sogar 81.000.

## Mehr Stoff in kürzerer Zeit

Auf die jungen Lehrer kämen immer neue Herausforderungen zu wie Inklusion, Migration, Demokratisierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, soziale Medien und künstliche Intelligenz. Sie müssten Schülern vermitteln, wie sie sich in einer immer unübersichtlicheren Welt zurechtfinden könnten. Während gleichzeitig die Anforderungen gestiegen seien, habe man das Referendariat zugleich von 24 auf 18 Monate verkürzt. „Mehr Stoff in weniger Zeit beibringen – das geht nicht.“ Wichtig sei es, dass die Ausbilder in den Studienseminaren und die Mentoren in den Schulen qualifiziert würden, außerdem müsste ein stärkeres Augenmerk auf die Berufseinstiegsphase nach dem Referendariat gelegt werden.

## Keine Angst vorm Wandel

Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) betonte, es sei schwierig für Lehrkräfte, dass sie Schülerinnen und Schü-



Die Bewerberinnen und Bewerber werden schlicht nicht da sein, wir werden sehenden Auges in eine belastende Zeit gehen.

**Julia Willie Hamburg,**  
Kultusministerin (Grüne)



Viel Glück im Kampf gegen die Personalnot: Kultusministerin Julia Willie Hamburg bekommt vom Landessprecher Lehrerbildung, Heinz Kaiser, einen Topf Klee geschenkt.

FOTO: KATRIN KUTTER

ler auf eine Zukunft vorbereiten müssten, die sie selbst nicht kennen würden. „Wandel ist das neue Normal.“ Aber man dürfe vor der Veränderung nicht sitzen wie das Kaninchen vor der Schlange und sich fragen: „Oh Gott, was mache ich übermorgen?“ Kultus- und Wissenschaftsministerium würden gemeinsam dafür sorgen, dass es bald mehr Studienplätze für Lehramtsstudierende gebe und die Ausbildung insgesamt auch mehr Praxisanteile bekomme.

## Qualität im Blick behalten

Die Personalnot an den Schulen sei aber ein Dauerproblem. Zweifelloser werde man „in eine Talsohle mit weniger Lehrkräften“ hineingehen. Dabei gehe es dann gar nicht darum, ob das Land Geld für neue Stellen bereitstelle. „Die Bewerberinnen und Bewerber werden schlicht nicht da sein, wir werden sehenden Auges in eine belastende Zeit gehen“, so die Ministerin.

Von Plänen, die Nachwuchskräfte schneller in den Beruf zu bekommen und etwa deswegen das Masterstudium und das Referendariat enger zu verzahnen, hält Hamburg nicht viel. „Wir dürfen in der Mangeldebatte die Qualität nicht aus dem Blick verlieren.“

Sie wies darauf hin, dass die Durchfallquote an den niedersächsischen Studienseminaren nur bei 3 Prozent liege. Aber dennoch sähen Referendare selbst ihren Vorbereitungsdienst meist eher negativ. Die Rede sei von Praxischock, Druck, Stress und Angst. Außerdem sei die Lage an den Studienseminaren sehr unterschiedlich.

## Referendare unterbezahlt?

Teilnehmer des Landesfachtages wiesen darauf hin, dass gerade Referendare in ländlichen Gegenden, die sich oft ein eigenes Auto kaufen und weite Strecken im Job zurücklegen müssten, mit einem Monatsgehalt von 1500 Euro brutto viel zu schlecht verdienten. Metallbau-Azubis im zweiten Lehrjahr würden nicht viel weniger bekommen, und die hätten keine fünf Jahre Studium hinter sich, sagte eine Seminarleiterin.

Ministerin Hamburg erwiderte, dass Geld nicht entscheidend sei, ob sich jemand für einen Job entscheidet oder nicht. Das habe der Bonus gezeigt, der Referendaren auf dem Land schon jetzt gezahlt werde. Wichtiger seien die Lebensumstände: Wie ist die Wohnsituation? Wie der öffentliche Nahverkehr? Und gibt es Kita-Plätze?

## SO IST ES BEI PRIVATSCHULEN

# Wunsch nach mehr Geld

Personalnot ist nicht nur an den öffentlichen, sondern auch an den freien Schulen zusehends ein Problem. Pädagoginnen und Pädagogen fehlen laut Thomas Weßler von der Schulstiftung im Bistum Osnabrück, die 21 Schulen in Niedersachsen und Bremen betreibt und der größte Schulträger im Land ist, in vielen Fächern. In den Naturwissenschaften, vor allem in Informatik, das ab Sommer zunächst ab Jahrgang zehn Regelfach werden soll, aber auch in Musik oder Kunst. Es gelte, mit Quereinsteigern schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen.

Der Anteil der Kinder, die eine Privatschule besuchen, hat sich in der Vergangenheit kaum verändert. Ihre Quote lag nach Angaben des Kultusministeriums im Schuljahr 2021/2022 bei rund 6,5 Prozent. Anders ausgedrückt: Von 843.148 Schülerinnen und Schülern insgesamt gingen

55.111 zu Schulen in freier Trägerschaft. Im Schuljahr 2016/2017 betrug die Quote knapp 6,3 Prozent. Damit ist der Anteil der Privatschüler in fünf Jahren um gut 0,2 Prozent gestiegen. Von einer Flucht der Familien ins Privatsystem wegen der schlechten Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen kann also keine Rede sein.

Wer sich für eine private Schule entscheide, tue dies aus vielen Gründen, hieß es beim Verband Deutscher Privatschulen. Das Konzept und das Profil der jeweiligen Schule, aber auch die regionalen Gegebenheiten spielten dabei eine Rolle.

## Der „Spirit“ hilft

Allerdings gelingt es wohl an Privatschulen manchmal besser, Unterrichtsausfall abzumildern. Möglicherweise liegt das an dem, was Gabriele Joachimmeyer, Vorsitzende der Arbeitsgemein-

schaft Freier Schulen, den besonderen „Spirit“ vieler freier Schulen nennt, das Gemeinschaftsgefühl, den inneren Zusammenhalt. Da helfen eben längst pensionierte Lehrkräfte noch mal freiwillig aus oder kommen aus dem Ruhestand gleich für ein ganzes Schuljahr zurück, wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer in Elternzeit geht.

Übereinstimmend wünschen sich die Vertreter der Privatschulen eine bessere Finanzierung durch das Land. Vor einem Jahr hatte der Amtsvorgänger von Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne), Grant Hendrik Tonne (SPD), mit ihnen einen „Letter of Intent“ zur Weiterentwicklung der Finanzierung unterzeichnet. Passiert sei seitdem aber nichts, sagt Weßler. Dabei engagierten sich auch private Schulen wie öffentliche bei der Inklusion oder der Integration geflüchteter Schüler. dö

# Urlauber müssen für Strandkörbe mehr zahlen

Einige Betreiber an Nord- und Ostsee erhöhen die Preise / Direkter Platz am Wasser kann bis zu 20 Euro pro Tag kosten

**Emden.** Für viele Touristen an der Küste gehört er einfach dazu: der Strandkorb. Dieses Jahr allerdings müssen Urlauber mehr für ihn bezahlen. Als Gründe für die Preissteigerungen werden unter anderem die gestiegenen Anschaffungs-, Lagerungs- und Personalkosten genannt.

Zum Beispiel Borkum: Auf der ostfriesischen Insel haben die 18 Vermieter die Preise für Strandkörbe und Strandzelte um rund 15 Prozent angehoben. Für einen Tag sind Zelt oder Korb nun für 13 Euro zu haben, wie Marius Okken, Vorsitzender des Borkumer Strandzeltvereins, sagte. Die allgemeine Preissteigerung treffe auch die Strandkorbvermieter. Nicht nur die Anschaffungskosten für neue Körbe hätten sich in den vergangenen Jahren massiv verteuert, auch für die Lagerung müsse mehr Geld ausgegeben werden, sagte Okken. Spiekeroog und Langeoog erhöhen

die Preise für Strandkörbe nach eigenen Angaben nicht – die Miete liegt aber auf einem ähnlichen Niveau.

Auch im schleswig-holsteinischen St. Peter-Ording wurden die Preise erhöht – in der Hochsaison auf 12 Euro. „Die Preise mussten erhöht werden, da die Anschaffung von Strandkörben, die Unterhaltung der Strandkörbe und die Personalkosten gestiegen sind“, sagte eine Sprecherin der Tourismuszentrale.

In Westerland und Rantum auf Sylt seien die Preise gleich geblieben, wie eine Sprecherin des Sylt Tourismus-Service sagte. Ein Strandkorb in Rantum und Westerland kostet je nach Lage etwa 12 bis 15 Euro am Tag. In List wurde die Preisstruktur für die Strandkorbvermietung von Anfang Mai bis Ende September nach Angaben der Gemeinde überarbeitet. In diesen Monaten kosten die Körbe nun 10 statt

8 Euro pro Tag. In der Hauptreisezeit ist der Tagespreis bei 10 Euro belassen worden.

## Vermietung ein Saisongeschäft

Der Strandkorbvermieter beach.de im Ostseebad Warnemünde hat sich nach langer Überlegung gegen Preiserhöhungen entschieden. Damit solle den Besuchern deutlich gemacht werden: „Kommen Sie zu uns an den Strand, hier ist die Welt noch in Ordnung“, begründete das Unternehmen die Entscheidung. Ab 15 Euro ist ein Tageskorb am Textilstrand zu haben. In der Strandooase Treichel gelten auch Vorjahrestarife: 14 bis 15 Euro Tagessatz und 500 bis 600 Euro pro Saison.

An der Südküste Rügens haben sich die meisten Vermieter den Angaben zufolge auf eine Preiserhöhung von 10 auf 12 Euro pro Korb und Tag verständigt. „Die Vermietung ist ein Saisongeschäft. Die Nachfrage konzentriert sich auf

zwei, drei Sommermonate. Um bei den aktuellen Preissteigerungen über die Runden zu kommen, mussten auch wir die Preise anheben“, erklärte Martin Grimmer vom Südstrand in Sellin. Im benachbarten Binz ist es deutlich teurer. Die Vermietungsapp Beachnow ruft für Binz Tagespreise von 16 Euro auf.

In Scharbeutz an der Lübecker Bucht sind die Mietpreise für Strandkörbe direkt am Meer teurer als in der zweiten Reihe. „Einige Vermieter haben sich für eine solche Preisstaffelung entschieden“, sagte der Vorsitzende des Landesverbandes der Strandkorbvermieter, Marcus Bade. „Bei ihnen kosten Körbe direkt am Meer bis zu 20 Euro pro Tag.“ Andere Vermieter seien bei ihren bisherigen Preisen geblieben oder hätten sie nur moderat erhöht. In Timmendorfer Strand liegen die Tagesmieten für Strandkörbe nach Angaben des Bades zwischen 11 und 17 Euro am Tag.



Noch werden sie nicht benutzt: Strandkörbe stehen schön in Reihe am Timmendorfer Strand.

FOTO: CHRISTIAN CHARISIUS/DPA